

Göttinger Tageblatt

20 031 Unterstützer nötig

Fusionsgegner starten Bürgerbegehren

06.06.2012

Die Bürgerinitiative „Pro Gö“ hat ein Bürgerbegehren gegen eine Kreisfusion in Gang gesetzt. Die Initiative um den Dransfelder Stefan Schneider und Vertretern von CDU und Linken sowie FDP, Piraten, JU und Freien Wählern will damit einen Großkreis aus den Landkreisen Göttingen, Northeim und Osterode, wie von SPD und Grünen angestrebt, verhindern.



Info-Stand vor Neuem Rathaus: Stefan Schneider (3.v.r.) will einen Bürgerentscheid durchsetzen.

© FT

Göttingen. Initiator Schneider übergab Landrat Bernhard Reuter (SPD) am Rande der Unterausschusssitzung zur Vorbereitung von Fusionsverhandlungen die Anzeige und ein Formular für die Unterschriftensammlung. Die Verwaltung prüft jetzt, ob das Begehren zulässig ist. Der Kreisausschuss könne in Kürze per Umlaufverfahren darüber entscheiden, falls es juristische Bedenken geben sollte, werde der Kreisausschuss in spätestens 14 Tagen zu einer Sondersitzung zusammenkommen, versprach Reuter.

Wenn die Zulässigkeit festgestellt ist, hat die Initiative sechs Monate Zeit, um die nötige Zahl an Unterschriften beizubringen, zehn Prozent der Wahlberechtigten. Im Landkreis sind das 20 031. Laut Kommunalverfassung folgt dann ein Bürgerentscheid. Die Initiative möchte eine Abstimmung am Tag der Landtagswahl, am 20. Januar, erreichen. In den Kreisen Osterode und Northeim sind Bürgerbegehren gegen eine Fusion bereits im Gang. Die Osteroder Initiative hat nach eigenen Angaben bereits mehr als die Hälfte der nötigen Unterschriften beisammen. FDP, CDU und Linke begrüßten den Start des Bürgerbegehrens. Er erwarte, so CDU-Chef Fritz Güntzler, „dass sich alle Parteien im Kreistag zur direkten Demokratie bekennen und das Begehren aktiv unterstützen“.

Knackpunkte für Fusion

Auch wenn alle Fraktionen im Kreistag über die Bedingungen für eine Kreisfusion im Prinzip einig sind, besteht nach wie vor Dissenz in der Frage, ob eine Fusion überhaupt anzustreben ist. Im neuen Unterausschuss für Gebietsstruktur machten Lothar Koch (CDU) und Eckhard Fascher (Linke) am Dienstagabend gleichlautend noch einmal deutlich, dass sie eine Fusion der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode grundsätzlich ablehnen würden.

Die Verhandlungen zwischen den drei Landkreisen und der Stadt Göttingen, 3+1-Gespräche, sollen mit der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe am 13. Juni beginnen. Der Unterausschuss sollte aus den vom Kreistag beschlossenen Eckpunkten die unverzichtbaren Knackpunkte „destillieren“, so Landrat Bernhard Reuter (SPD). Aus seiner Sicht müssen Kreissitz und Kreisname Göttingen sein, der neue Kreis muss als Optionskommune in eigener Verantwortung die Jobcenter betreiben und die Synergieeffekte in Form von Personaleinsparungen müssen erreicht werden. Unverzichtbar ist für ihn auch die gemeinsame Rettungsleitstelle in Göttingen. Northeim sieht das anders. Als Knackpunkte sieht Andreas Schelper (Piraten) auch die Kreisstraßenmeisterei, das Feuerwehrzentrum Potzwenden und die Deponiestandorte.

Bürgermeister für Plan A

Im Osteroder Kreistag steht am 11. Juni eine „Richtungsentscheidung“ für die Fusionsverhandlungen zur Debatte. Sollte eine Mehrheit sich für Priorität zugunsten des Landkreises Goslar aussprechen, sind Verhandlungen über einen Großkreis mit Northeim und Göttingen beendet, bevor sie richtig begonnen haben. Klaus Becker (parteilos), Bürgermeister der Kreisstadt Osterode am Harz, spricht sich in einem Schreiben an alle Kreistagsmitglieder klar für vorrangige Fusionsverhandlungen zwischen den Landkreisen Osterode, Northeim und Göttingen aus. Gespräche mit Goslar könnten als „Plan B“ parallel geführt werden. Der Verwaltungschef lehnt auch das Bürgerbegehren der Initiative „Für Osterode“ ab. Es hat zum Ziel, Fusionsgespräche mit den Landkreisen Göttingen und Northeim zu beenden.

Damit wäre, so Becker, der Landkreis einer Alternative beraubt. „Das ist verhandlungstaktisch völlig unsinnig.“ Becker führt Argumente an, die aus seiner Sicht für die „Südvariante“ sprechen. Dazu zählen unter anderem Kooperationen und Verflechtungen von Arbeitsagentur, Polizei, IHK und Abfallwirtschaft. Auch die Unternehmen orientierten sich in vielen Dingen am Oberzentrum Göttingen, so Becker. Der Anteil des Tourismus am Bruttosozialprodukt sei nur gering.

Quelle: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Goettingen/Uebersicht/Fusionsgegner-starten-Buergerbegehren>